

**32. Plenarsitzung vom 9. Dezember 2013**

# **Verlässlichkeit ist die Voraussetzung für gute Politik**

**Wie wir Bayerns Zukunft aktiv gestalten können**

Redebeitrag zur Haushalts-Generaldebatte

von **Ludwig Hartmann**

Fraktionsvorsitzender

Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es gilt das gesprochene Wort

– Anrede -

Als ich den vorliegenden Doppelhaushalts-Entwurf durchgelesen habe, fiel mir ein Zitat von Michel de Montaigne ein: „Kein Wind ist demjenigen günstig, der nicht weiß, wohin er segeln will“.

Man kann auch ganz einfach sagen: **Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik.** Sie geben viel Geld aus, aber sie bleiben trotzdem Vieles schuldig. Zuerst eine klare Vision, wie Bayerns Zukunft gestaltet werden soll. Ich vermisse eine klare Orientierung.

Ihnen fehlt der Mut zur Erneuerung Bayerns, die eine sich ändernde Welt fordert – und auf die viele Menschen warten. Oder auch ein klares Bekenntnis dazu, was ihrer Meinung nach erhalten und bewahrt werden muss. Politik lebt auch von Überzeugungen und von Haltung.

– Anrede –

Was würde denn eine Regierung tun, die Zukunft gestaltet anstatt zu warten, was passiert? Was würde eine Regierung tun, die erkannt hat, dass wir heute die Grundlagen für ein gutes Leben in der Zukunft legen?

Schauen wir uns doch an einigen Beispielen an, was eine solche zukunftsfreundliche Regierung tun würde und was Sie aktuell tun.

Was würde eine zukunftsfreundliche Regierung tun, um die **Energiewende** voranzubringen? Sie würde alle Möglichkeiten, die ihr zur Verfügung stehen nutzen, um die Versorgung mit sicherer und dauerhaft sauberer Energie voranzubringen. Aber bei der Energiepolitik ist diese CSU Regierung planlos.

Besser gesagt: planlos ist sie nicht. Es gibt ja das Energiekonzept von 2011 „Energie innovativ“. Nur leider ist da der Ministerpräsident.

- Der Plan wäre schon da: 6 bis 10 % Windenergie in Bayern bis zum Jahr 2021 steht da zum Beispiel drin. Aber Seehofer will das nicht mehr.

- In dem Energiekonzept steht auch, Bayern will einen umfassenden Ausbau des Stromnetzes, will den Bau sogar beschleunigen und die Akzeptanz erhöhen. Aber Seehofer will das nicht mehr.
- Im gleichen Energiekonzept steht, dass Bayern Stromspeicher schaffen will. Aber Seehofer will das nicht mehr.

Die CSU-Regierung hat gemeinsam mit dem Bund Naturschutz und dem Landesbund für Vogelschutz einen Aktionsplan entwickelt um bis 2020 - also in gut 5 Jahren - den Stromverbrauch um ein Fünftel zu senken. Aber es wird nicht weniger Strom verbraucht, sondern mehr: im Vergleich zu 2009 um ca. 10 %.

Es wurde uns auch versprochen, dass in Bayern im Jahr 2021 die Hälfte des Stroms aus Erneuerbaren Energien gewonnen wird. Aber Frau Aigner will davon nichts mehr wissen und kassiert dieses Ziel schrittweise ein. In kaum einem anderen Bereich der CSU-Regierung stehen im wahrsten Sinne des Wortes „Welten“ zwischen Worten und Taten. Zwischen positiver Beschlusslage und negativer Blockade.

– Anrede –

Die CSU-Regierung zeigt bei allen Kritikpunkten an ihrer Energiepolitik immer nach Berlin – dabei ist sie auch an dieser Regierung beteiligt.

- Berlin muss das EEG ändern,
- Berlin muss ein Strommarktdesign entwickeln,
- Berlin muss den Emissionshandel retten.

Natürlich muss auch in Berlin einiges passieren, **aber deswegen darf Bayern nicht blockieren**. Wie miserabel die Bayerische Energiepolitik ist, hat der vor zwei Wochen vorgelegte bundesweite Vergleich der Länder durch die „Agentur für erneuerbare Energien“ gezeigt. Bei der „Allgemeinen Bewertung der Landespolitik“ erreichte Bayern problemlos den letzten Platz. Nur bei dem Blick in die Vergangenheit ist Bayern gut. Bei der Zukunft versagen sie auf der ganzen Linie.

Dabei gäbe es so viel zu tun in Bayern:

Um den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzubringen muss vor allem die Windkraft einen kräftigen Schub erhalten. **Das Windkraftverhinderungsgesetz - die 10-H-Regelung - muss weg!**

Es ist widersinnig, wenn Biogasanlagen auch dann Strom produzieren, wenn schon der Sonnenstrom den bayerischen Bedarf deckt. Biogasanlagen sollen dann laufen, wenn Wind und Sonne kein Angebot liefern. **Wir wollen den flexiblen Einsatz der Biogasanlagen fördern.** Bis zur Abschaltung des letzten Atomkraftwerks 2022 sollte das spätestens vollzogen sein.

Die Kraft-Wärme-Kopplung liegt bundesweit hinter den Ausbauplänen zurück, und in Bayern ganz besonders. Diesen Rückstand aufzuholen wird nur mit einem bayerischen Förderprogramm möglich sein. Wir wollen damit wichtige Ersatzkapazitäten schaffen und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion leisten.

Jetzt zum Lieblingsthema des Ministerpräsidenten: **Stromleitungen.**

Der Populismus gegen die HGÜ-Leitungen muss ein Ende haben. **Wir brauchen den überregionalen Netzausbau und wir müssen ihn gemeinsam mit den Bürgern optimal gestalten.** Kooperation in den Sachfragen, wie z.B. konkreter Verlauf der Leitungen, Erdverkabelung, usw. müssen gemeinsam mit den betroffenen Menschen geklärt werden.

Sprechen wir über die **Stromspeicher.**

Die Stromspeicherung ist eine weitere wichtige Flexibilitätsoption für die Zeit ohne Wind- und Sonnenstrom. Die nach dreieinhalb Jahren vom Wirtschaftsministerium vorgelegte Studie über mögliche geeignete Standorte ist ein erster kleiner Schritt. Nun gilt es konkrete Vergleiche anzustellen und mit einem Abwägungsprozess in die Landesplanung für Pumpspeicherkraftwerke zu gehen.

Ein anderes Stiefkind ist die Stromeinsparung und die Energieeffizienz. Gerade auch in Bayern fehlt es an Angeboten zur Beratung. Wir wollen ein flächendeckendes Netz von regionalen Energieagenturen in allen bayerischen Landkreisen.

Man sieht: Sie könnten die Energiewende in Bayern voranbringen, wenn sie es wollten. Leider aber bleiben Sie untätig, schlimmer noch: Sie verhindern, dass es vorwärts geht.

- Anrede –

Lassen Sie uns zu einem anderen Bereich kommen, einem politisch Bedeutungsvollen: der **Bildungspolitik**.

Was würde eine zukunftsfreundliche Regierung tun, damit Erfolg in der Schule nichts mehr mit der Herkunft zu tun hat?

- Sie würde die Kinder mitnehmen und fördern statt sie auszusortieren.
- Sie würde fordern und ermutigen, nicht entmutigen.
- Sie würde für gerechte Bildungschancen sorgen, statt nur das Schulsystem „überzuoptimieren“.

Gerechte Bildungschancen und zwar

- unabhängig davon, ob ich in München wohne oder in Bayerbach
- unabhängig davon ob mein Vater ein Hauptschulzeugnis hat oder das Abitur in der Tasche;
- unabhängig davon ob ich geduldet bin, meine Eltern aus der Türkei kommen oder ich in Bayern geboren bin;
- unabhängig davon ob ich eine körperliche oder geistige Einschränkung habe;
- unabhängig davon ob der Papa Flüchtling oder Zahnarzt ist...

Was bedeutet das konkret? Lassen Sie es mich an zwei Beispielen erläutern.

### I: **Die Schule im Dorf lassen**

Eine zukunftsfreundliche Regierung würde sich für den Erhalt von Schulstandorten zugunsten der wohnortnahen Bildung für Schülerinnen und Schüler einsetzen.

Der Erhalt wohnortnaher Grundschulen nach dem Motto „kurze Beine – kurze Wege“ ist eine große Herausforderung für die Bildungspolitik in Bayern – eine Herausforderung, der sie sich nicht stellen!

Der Leitspruch „kurze Beine – kurze Wege“ muss ernstgenommen werden und die Grundschule im Dorf gelassen werden! Auch weil sie ein wichtiger Standortfaktor für den ländlichen Raum ist und für das kulturelle Leben auf dem Land unerlässlich.

Konkrete Maßnahmen hierfür sind:

1. Für Außenstellen und kleine Grundschulen müssen ab sofort Modellversuche zugelassen und wissenschaftlich begleitet werden.
2. Jahrgangskombinierte Klassen müssen besser und verlässlich ausgestattet werden: alle Kombiklassen müssen zuverlässig 5 Lehrerstunden erhalten.
3. Kleine Grundschulen unter der Mindestgröße müssen bei der Zuteilung von Lehrerstunden so behandelt werden, als würde eine Klassenstärke von mindestens 20 Schülern vorhanden sein. Eine solche Regelung würde den Erhalt wohnortnaher Grundschulen sichern und den ländlichen Raum stärken.
4. Die mobile Reserve muss in einem ersten Schritt um 10% aufgestockt werden. Gerade kleine Grundschulen können es oft nicht ausgleichen, wenn Lehrkräfte etwa wegen Krankheit ausfallen. Die Folgen: der Unterricht fällt häufig aus und die Kinder haben es immer wieder mit anderen Lehrern zu tun.
5. Es muss möglich sein, Kindertagesstätten und kleine Schulen vor Ort gemeinsam zu „Kinderhäusern“ weiterzuentwickeln.

Würden diese Vorschläge umgesetzt, kämen wir einen großen Schritt voran in Richtung gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und gute Bildungschancen für alle unabhängig vom Wohnort.

## I: Das Gymnasium in Bayern

Eine zukunftsfreundliche Regierung würde das Gymnasium in Bayern so gestalten, dass alle Schülerinnen und Schüler mitgenommen werden. Die Lernangebote auf dem Weg zum Abitur müssen den unterschiedlichen Bedürfnissen und Entwicklungsphasen der Schülerinnen und Schüler und deren Umgang mit Belastungen nachkommen.

Die Lerninhalte sind anspruchsvoll und komplex und erfordern Zeit zur Vertiefung. Für alle Schülerinnen und Schüler muss eine stärkere Individualisierung möglich sein, damit sie in ihrem eigenen Takt lernen können.

Dringend notwendig ist eine Reform der Mittelstufe, die auf einem grundlegenden und umfassenden pädagogischen Konzept aufbaut. Es geht darum die Fächer- und Stoffdichte in der Mittelstufe zu reduzieren, etwa durch mehr fächerübergreifendes Lernen, durch Projektlernen und durch Konzentration auf die wesentlichen Kompetenzen.

Ein zukunftsfähiges Gymnasium bietet mehr Flexibilität in der Oberstufe mit individueller Schwerpunktsetzung. Das bedeutet besseres Lernen für alle auf dem Weg zum Abitur und mehr zeitliche Flexibilität für die einzelnen Schülerinnen und Schüler.

Und was tun Sie?

- Sie sprechen eine Grundschulgarantie aus, die nicht für die 379 unselbstständigen Außenstellen von Grundschulen gilt. Das ist eine Mogel-Garantie, bei der erst im Kleingedruckten zu erkennen ist, was sie umfasst.
- Sie richten als Sparmaßnahmen Kombiklassen ein ohne den Klassen genügend Lehrerstunden zuzuweisen.
- Sie lassen die Schule Unterjoch im Allgäu schließen, so dass die SchülerInnen nun nach Österreich zur Schule gehen

- Sie veranstalten Dialogforen, Expertengespräche, Anhörungen, Werkstattgespräche zur Weiterentwicklung des Gymnasiums – um am Ende ein Konzept vorzugeben, mit dem sie auf die ganze Expertise pfeifen und dass an der Umsetzung scheitern wird.
- Und dann nehmen Sie noch jeder Entwicklung den freien Lauf, indem sie eine Deckelung für 25% aller SchülerInnen aussprechen, die die Mittelstufe plus durchlaufen können

– Anrede -

Damit bringen Sie keine Ruhe in die Schulen, im Gegenteil: **Sie verunsichern Eltern, Lehrer und Schüler weiter!** Statt einen Ausweg aus dem Dilemma zu zeigen, haben sie sich in ihrem selbstgesponnenen Geflecht aus Widersprüchen, Ankündigungen und haltlosen Versprechen verheddert.

– Anrede -

Kommen wir zu einem dritten Thema, der **Landwirtschaft**. Auch hier stelle ich die Frage, was eine zukunftsfreundliche Regierung tun würde, um unser Wasser und die Böden zu schützen und die Artenvielfalt zu erhalten.

Sie würden zuerst den wuchernden Flächenfraß Einhalt gebieten. Täglich wird die Fläche von 25 Fußballfeldern in Bayern betoniert oder asphaltiert, oft genug für unnütze Umgehungsstraßen oder ungenützte Gewerbegebiete.

Eine zukunftsfreundliche Regierung würde Ernst machen mit dem Schutz des Wassers. Vor 15 Jahren hat die Europäische Union mit der Wasserrahmenrichtlinie einen Meilenstein zum Schutz des Wassers gesetzt. Bis 2015 sollten die Flüsse, Bäche, Seen und das Grundwasser in einen „guten ökologischen Zustand“ gebracht werden. Nun hat die Wasserrahmenrichtlinie in weiser Voraussicht auch eine Überprüfung vorgesehen. Die fällt leider für Bayern katastrophal aus.



Beim Grundwasser dachte man 2004 noch, dass bis 2015 80% des bayerischen Grundwassers der Richtlinie entspräche.

Bei der Bestandsaufnahme 2013 stellt man nun fest, dass sich die Situation nicht verbessert, sondern massiv verschlechtert hat. Bis 2020 geht man nun davon aus, dass nur noch 62% des Grundwassers richtlinienkonform wäre.

Gleiches gilt für die Oberflächengewässer. Auch bei Bächen und Flüssen hat der Nährstoffeintrag aus der Landwirtschaft dazu geführt, dass sich die Situation deutlich verschlechtert hat.

Dabei gäbe es hier ein recht wirksames Mittel, das zumindest in allen anderen Bundesländern eingesetzt wird: die **Gewässerrandstreifen**. Gewässerrandstreifen sind zur Verringerung des Eintrages von Nähr- und Schadstoffen unverzichtbare Voraussetzung. Leider verweigern Sie sich hier bis heute.

Eine zukunftsfreundliche Regierung würde dafür sorgen, dass die Vielfalt der Arten erhalten bleibt. Sie würde den Flächenfraß, die Überdüngung der Felder und den Einsatz von Pestiziden massiv zurückdrängen, sie würde dafür sorgen, dass die Lebensräume für seltene Arten intakt bleiben.

Sie würde dafür sorgen, dass die Biodiversität, sozusagen das Immunsystem unseres Ökosystems, erhalten bleibt, indem sie hartnäckig dafür kämpft – und nicht gleich beim ersten Zeichen von Widerstand einknickt und ihre Ziele zur Disposition stellt.

Und was tun Sie?

Sie geben im Zweifel klein bei, wenn es um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen geht. Sie befeuern den Flächenfraß weiter – erst vor wenigen Tagen hat uns der „**HeimatBetonierMinister**“ Söder dargelegt, dass das für ihn kein Problem ist. Anscheinend ist ihm ein Aldi-Markt mit großem Parkplatz lieber als eine grüne Wiese.

Sie nehmen es hin, dass unser Wasser mit immer größerem technischem und finanziellem Aufwand von Nähr- und Schadstoffen befreit werden muss.

Sie sehen tatenlos zu, wie die Liste der gefährdeten Arten immer länger wird und die von Ihnen 2008 beschlossene Biodiversitätsstrategie krachend scheitern wird.

– Anrede -

**Der wichtigste Maßstab, um die Qualität der Politik zu beurteilen, sind die Inhalte. Aber es geht auch um die Form.** Eine zukunftsfreundliche Regierung zeichnet sich nicht nur durch das aus, was sie tut, sondern auch wie sie es tut.

Die Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten vielfältiger und bunter geworden, aber auch widersprüchlicher. Die Entscheidungsträger müssen mehr erklären und sie sind gut beraten, zuzuhören und zu diskutieren.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat dafür die Formel geprägt von der Politik des Gehörtwerdens. Jede und Jeder hat das Recht, für seine Anliegen Gehör zu finden bei denen, die entscheiden. Und zwar bevor die Entscheidungen fallen, nicht erst dann, wenn längst klar ist, was gemacht wird.

Es geht um eine ernsthafte Abwägung verschiedener Interessen und die Suche nach der besten Lösung für Alle.

Bei Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer hat man dagegen oft den Eindruck, er betreibt eine Politik zum Verrücktwerden: Wenn einer nur laut und lange genug schreit, verrückt er die Meinung des Ministerpräsidenten in seine Richtung, wie wir es am Beispiel der Windkraft schmerzhaft erfahren mussten.

Ansonsten führt eine Politik der starken Sprüche oft genug zu leeren Händen, etwa bei Länderfinanzausgleich. Da wird auf den Tisch gehaut, gedroht, geklagt – es fehlt bloß noch, dass sich Markus Söder im Kreise seiner Finanzminister-Kollegen mit den Fäusten auf sein Brust trommelt – nur: erreicht haben sie bislang nichts. Seit Jahren jagt eine vollmundige Erklärung die nächste. Ich bin gespannt, wann sie endlich mal Ergebnisse präsentieren.

- Anrede -

Lassen Sie mich abschließend noch auf drei wichtige gesellschaftliche Entwicklungen eingehen. Drei Trends, die eine zukunftsfreundliche Regierung aufgreifen, gestalten und sie zum Wohl des Landes nutzen würde.

Ich spreche von der **Zuwanderung nach Bayern**, von der wachsenden ethnischen Vielfalt, von dem sich ändernden Rollenverständnis von immer mehr **Frauen, die in Führungspositionen** drängen und nicht einsehen, dass sie von diesen ferngehalten werden sollen, obwohl sie im Schnitt mittlerweile besser qualifiziert sind als ihre männlichen Altersgenossen. Und ich spreche von der **Digitalisierung**.

Eine zukunftsfreundliche Regierung würde die Chancen nutzen, die sich bieten, wenn Zuwanderer nach Bayern kommen und mehr Frauen in die Chefetagen drängen. Viele Menschen aus anderen Ländern bringen Ideen und Kreativität mit, andere Sichtweisen, die uns weiter bringen. Mehr Frauen an der Spitze von Unternehmen oder Behörden sind ein Gewinn. Ihre Politik, mit der sie versuchen, Zuwanderer aus Bayern und Frauen aus Führungspositionen fernzuhalten, schadet unserem Land.

Digitalisierung bedeutet mehr als Wirtschaftsförderung und neue Strippen ziehen. Sie tun so, als gelte es lediglich, ein neues Geschäftsfeld zu erschließen. So zu denken, zeugt bestenfalls von Naivität und schlechtestenfalls von Verantwortungslosigkeit. Wir müssen über dieses Thema endlich umfassender diskutieren. Wir müssen darüber reden, wie Zugangsbarrieren für Ältere oder bildungsferne Schichten abgebaut werden kann.

Wir wollen, dass private Daten privat bleiben, öffentliche Daten aber allen zugänglich gemacht werden. Wir wollen, dass an den Schulen der verantwortungsvolle Umgang mit den neuen technischen Möglichkeiten Thema wird. Leider leben viele bayerische Schulen aber noch in der digitalen Kreidezeit.

- Anrede -

Bayern steckt im Modernisierungstau. Der CSU-Regierung fehlen – wie schon der schwarz-gelben Vorgänger-Administration – der Mut und die Ideen zu zeitgemäßer, moderner Politik. Seit sechs Jahren gibt es zwar viel Aktionismus aber keinen klaren Kurs mit nötigen und mutigen Veränderungen, die eine sich ändernde Welt fordert.

**Der Politik der CSU Regierung fehlt es nicht an Ankündigungen und Versprechungen. Aber es fehlt an zukunftsweisende Taten.** Herr Ministerpräsident Seehofer, Ihnen fehlt es nicht nur an einer Vision für unser Land. Nein es fällt auch an Verlässlichkeit ihrer Entscheidungen.

Verlässlichkeit ist die Voraussetzung für gute Politik. Wenn man sich auf politische Entscheidungen nicht verlassen kann, fehlt jede Grundlage und jegliches Vertrauen, um unser Land weiterzubringen.